

# Schwierige Herbergssuche

SZ 26.12.7.14

## Stadt muss heuer noch 2400 Flüchtlinge unterbringen

Der anhaltende Zustrom von Flüchtlingen stellt die Stadt vor immer größere Probleme: Circa 200 Personen müsse man voraussichtlich jeden Monat in München aufnehmen, erklärte der Zweite Bürgermeister Josef Schmid (CSU) am Donnerstagabend bei der Bürgerversammlung für Perlach. Im Vergleich zum Vorjahr hätten sich diese Zahlen nahezu verdoppelt. Das bedeutet laut Schmid, dass noch in diesem Jahr 2400 Unterkunftsplätze geschaffen werden müssen. Diese wiederum sollen auf circa 20 Standorte im Stadtgebiet verteilt werden, ein entsprechender Stadtratsbeschluss sei in Vorbereitung.

Zehn solcher Unterkünfte existierten bereits in zehn Stadtbezirken, erklärte Stefanie Weber, Bereichsleiterin für Asylbewerberunterkünfte bei der Regierung von Oberbayern, die ebenfalls zu der Bürgerversammlung gekommen war. Im Stadtbezirk 16 werden wohl zwei weitere hinzukommen. Im ersten Fall handelt es sich um eine Gemeinschaftsunterkunft mit 275 Plätzen an der Nailastraße im Gewerbegebiet Perlach Süd, für die auch schon ein Antrag auf Baugenehmigung eingereicht wurde. Sie soll im ersten Quartal 2015 in Betrieb gehen. Mit dem zweiten Standort war offenbar das ehemalige Heizkraftwerk an der Rosenheimer Straße 192 gemeint, ohne explizit genannt zu werden. Laut Sozial-

referat gibt es Überlegungen, in dem Gewo-fag-Anwesen künftig 80 Asylbewerber unterzubringen.

Aufreger des Abends aber war das Projekt an der Nailastraße. Viele der 400 Besucher waren nur gekommen, um sich darüber informieren zu lassen – und um ihren Widerstand kundzutun. Am Ende verabschiedete die Bürgerversammlung einen Antrag, die Unterkunft an diesem Standort abzulehnen. Die Belegung von 275 auf 60 Plätze zu reduzieren, den Standort auf den Grünstreifen beim Klinikum Perlach zu verlagern, lauteten zwei weitere Anträge, die eine Mehrheit fanden.

Zugleich häufen sich im Umfeld der aus allen Nähten platzenden Erstaufnahmeeinrichtung in der Bayernkaserne die Beschwerden von Anwohnern. Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD) liegt eine Unterschriftenliste hauptsächlich von Nachbarn aus der Siedlung Kaltherberge vor. Etwa 200 Anwohner wollen damit, wie es heißt, „niemanden diskriminieren“. Jedoch könnten die Kinder der Siedlung ihren Spielplatz nicht mehr nutzen, weil sich Flüchtlinge in großen Gruppen dort aufhielten, Alkohol tranken und ihre Notdurft verrichteten. Der Müll verteile sich in der ganzen Umgebung. Frauen müssten sich anzügliche Blicke gefallen lassen.

H. GRUNDNER, T. KRONWITER